



KOA 4.418/18-004

# Bescheid

## I. Spruch

Über Anzeige der **Bad Kleinkirchheimer SAT-Kabelfernsehen GmbH** (FN 89596 i beim Landesgericht Klagenfurt), Inhaberin der mit Bescheid der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) vom 18.05.2016, KOA 4.418/16-003, erteilten Zulassung zur Verbreitung des digitalen Fernsehprogramms „FREIZEITFERNSEHEN“, wird gemäß § 6 Abs. 2 und 3 Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz (AMD-G), BGBl. I Nr. 84/2001 idF BGBl. I Nr. 86/2015, die Verbreitung des Programms dahingehend geändert und genehmigt, dass das Programm „FREIZEITFERNSEHEN“ beginnend mit 02.12.2018

- in SD über die Multiplex-Plattform „MUX C – Kärnten“ der Bad Kleinkirchheimer SAT-Kabelfernsehen GmbH (Bescheid der KommAustria vom 27.11.2018, KOA 4.218/18-007)

weiterverbreitet wird.

## II. Begründung

### 1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 18.11.2018 zeigte die Einschreiterin an, dass das Programm „FREIZEITFERNSEHEN“ weiterhin über die wiedererteilte Multiplex-Plattform „MUX C – Kärnten“ der Bad Kleinkirchheimer SAT-Kabelfernsehen GmbH weiterverbreitet werden soll.

### 2. Sachverhalt

Auf Grund des Antrages sowie des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

Die Bad Kleinkirchheimer Sat-Kabelfernsehen GmbH ist eine zur Firmenbuchnummer FN 89596 i beim Bezirksgericht Spittal an der Drau eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Bad Kleinkirchheim. Selbständig vertretungsbefugte Alleingeschäftsführerin ist Martina Skobek. Die Antragstellerin GmbH ist aufgrund des Bescheides der KommAustria vom 01.12.2009, KOA 4.418/09-002, Inhaberin einer Zulassung zur Verbreitung des Fernsehprogrammes „KULT 1“ sowie

des Bescheides der KommAustria vom 18.05.2016, KOA 4.418/16-003, Inhaberin einer Zulassung zur Verbreitung des Fernsehprogrammes „FREIZEITFERNSEHEN“. Beide Programme werden über die der Bad Kleinkirchheimer Sat-Kabelfernsehen GmbH mit Bescheid der KommAustria vom 07.11.2008, KOA 4.418/08-001, zugeordnete terrestrische Multiplex-Plattform für terrestrischen Rundfunk (MUX C – Kärnten) verbreitet.

Alleingesellschafter der Bad Kleinkirchheimer Sat-Kabelfernsehen GmbH ist Gerhard Reiner.

Es soll die bereits erteilt Bewilligung der Verbreitung hinkünftig auch über die wiedererteilt Multiplex-Plattform „MUX C – Kärnten“ der Bad Kleinkirchheimer SAT-Kabelfernsehen GmbH (Bescheid der KommAustria vom 27.11.2018, KOA 4.218/18-007) weiterverbreitet werden.

Weitere Änderungen sind nicht eingetreten.

### **3. Beweiswürdigung**

Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich aus dem nachvollziehbaren Vorbringen der Antragstellerin in ihren Anträgen und den zitierten Akten der KommAustria.

### **4. Rechtliche Beurteilung**

Gemäß § 66 AMD-G ist Regulierungsbehörde die gemäß § 1 Bundesgesetz über die Einrichtung einer Kommunikationsbehörde Austria („KommAustria“) und eines Bundeskommunikationssenates (KommAustria-Gesetz - KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 50/2016, eingerichtete KommAustria.

§ 6 AMD-G lautet:

*„(1) Der Inhaber einer Zulassung zur Veranstaltung von Satellitenfernsehen oder digitalem terrestrischem Fernsehen hat wesentliche Änderungen der Programmgestaltung, der Programmdauer, der Anzahl und des zeitlichen Umfangs bei Fensterprogrammen der Regulierungsbehörde im Vorhinein anzuzeigen.*

*(2) Ebenso ist die geplante Weiterverbreitung des Programms über andere Satelliten oder weitere terrestrische Multiplex-Plattformen (einschließlich Multiplex-Plattformen für mobilen terrestrischen Rundfunk) der Regulierungsbehörde vom Fernsehveranstalter im Vorhinein anzuzeigen. Gleiches gilt für eine geplante Weiterverbreitung des Programms auf dem jeweils anderen Übertragungsweg oder bei einem Wechsel der Verbreitung innerhalb der oder zwischen den Verbreitungswegen. Die Anzeige hat insbesondere Nachweise über das Vorliegen von Vereinbarungen über die geplante Nutzung mit einem Satellitenbetreiber oder einem Multiplexbetreiber zu enthalten.*

*(3) Die Änderungen sind von der Regulierungsbehörde zu genehmigen, wenn die Einhaltung der Bestimmungen des 3., 7. und 9. Abschnittes dieses Bundesgesetzes oder von Auflagen eines Multiplex-Zulassungsbescheides gewährleistet ist.“*

Gemäß § 6 AMD-G hat der Inhaber einer Zulassung zur Veranstaltung eines Satellitenfernsehprogramms demnach die Verbreitung des Programms über terrestrische Multiplex-Plattformen der KommAustria im Vorhinein anzuzeigen.

Nachdem lediglich eine Weiterverbreitung eines zugelassenen Programms über eine andere terrestrische Multiplex-Plattformen erfolgt und sich darüber hinaus keine Änderungen ergeben, ist davon auszugehen, dass die Einschreiterin die Voraussetzungen nach § 6 AMD-G auch hinsichtlich der angezeigten Weiterverbreitung erfüllt.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

### **III. Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Gemäß § 39 Abs. 1 KommAustria-Gesetz hat die rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde abweichend von § 13 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz keine aufschiebende Wirkung. Das Bundesverwaltungsgericht kann die aufschiebende Wirkung im betreffenden Verfahren auf Antrag zuerkennen, wenn nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug des Bescheides oder mit der Ausübung der mit dem Bescheid eingeräumten Berechtigung für den Beschwerdeführer ein schwerer und nicht wieder gutzumachender Schaden verbunden wäre.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel (IBAN: AT83010000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / KOA 4.418/18-004“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtzahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 27.11.2018

**Kommunikationsbehörde Austria**

Dr. Susanne Lackner  
(Vorsitzende-Stellvertreterin)

